PERSONALRAT AKTUELL MAI/JUNI 2025

Zu dem GT Artikel
„Aggressive Patienten: ...“

Stellungnahme des Personalrates der Universitätsmedizin Göttingen zum Artikel des Göttinger Tageblatts vom 26.04.2025

„Aggressive Patienten: Mehr Angriffe und verbale Gewalt in Kliniken“

Wir, die Mitglieder des Personalrates der Universitätsmedizin, haben den o.g. Artikel zur Kenntnis genommen und möchten diesen nicht unkommentiert lassen.

Anders als Frau Bösch, Leiterin der Stabsstelle Unternehmenskommunikation der UMG, haben wir durchaus Kenntnis von schweren, in einigen Fällen schwersten, Übergriffen auf Kolleg*innen der Universitätsmedizin Göttingen. Einige Beschäftigte erlitten durch die Übergriffe Verletzungen.

Es ist uns auch nicht entgangen, dass die Übergriffe gegen Pflegekräfte, Ärzte, Therapeuten und anderen Berufsgruppen zunehmen. Die Form dieser Übergriffe umfasst sexistische, rassistische, gewaltandrohende verbale Ent-

gleisungen und Bedrohungen sowie körperliche Gewalttaten. Auch zählt für uns das Lösen von Radmuttern an Autos auf den Parkflächen der UMG als Gewalt an den Kolleg*innen.

Von einem, wie im Artikel dargestellt, jederzeit erreichbaren Sicherheitsdienst ist uns nichts bekannt. Meist wären, wie die Kolleg*innen zu berichten wissen, die Reaktionszeiten der UMG Security zu lang. In einigen Fällen sei es vorgekommen, dass zu bestimm-

ten Zeiten niemand helfen konnte, da auch die Security nur schwach besetzt gewesen sei.

Ebenso wenig wissen wir von „regelmäßig stattfindenden, verpflichtenden Schulungen bis hin zu Deeskalationstraining und Situationsanalysen“, welche berufsgruppenunabhängig wären. Ein erstes Projekt zur Ausbildung von Deeskalationstrainer*innen ist vielmehr vor Kurzem erst gestartet. Diese Ausbildung durchlaufen gerade acht Kolleginnen aus dem Bereich der Pflege. Bei

über 8000 Beschäftigten, und davon etwa 2100 Pflegekräften, erscheint uns diese Personenanzahl als sehr niedrig. Dagegen ist ein, durch den Personalrat gefordertes, Notfallsystem (Notfallknopf) an fehlendem Geld gescheitert. Auch das

Vermeiden von Alleinarbeit, insbesondere in der Nacht, die komplette Schließung sämtlicher Eingangsbereiche, außer der West- und Ostpforte, sowie die dauerhafte Präsenz des Sicherheitsdienstes am Liegendkrankeneingang sei aus Personal- und Geldmangel nicht möglich. Es kommt ebenso keine doppelte Besetzung sämtlicher Pforten im Nachtdienst zustande, um mögliche Reaktionszeiten zu verringern und

(Fortsetzung auf Seite 2)

(Fortsetzung von Seite 1)

schnelle Hilfe für bedrohte Kolleg*innen gewährleisten zu können.

Wir erwarten daher vom Vorstand der UMG ein umfassendes Sicherheitskonzept für das gesamte Haus, eine erhöhte Präsenz des Sicherheitsdienstes und ein verlässliches Türenverschlusskonzept. Dringend benötigt wird ist ein transportables Alarmierungssystem.

Aus unserer Sicht müssen weitere Anstrengungen unternommen werden, unsere Kolleg*innen vor Übergriffen zu schützen. Wenn es allerdings zu solchen gekommen ist, sollte alles unternommen werden, den Betroffenen zu helfen. Dazu gehört auch, dass das bisherige Angebot an Hilfestellungen deut-

lich besser bekannt gemacht und ausgeweitet wird. Gelten muss dabei: Jeder Übergriff ist zur Anzeige zu bringen, bei jedem Übergriff ist ein Durchgangsarzt-Verfahren einzuleiten. Alle Übergriffe sind zentral zu erfassen und zu dokumentieren. Allein schon im Rahmen der Fürsorgepflicht muss den Betroffenen jede Hilfe angeboten werden. Wer in Ausübung seines Berufs Verletzungen erleidet, seien sie physisch oder psychisch, benötigt den Schutz und die Hilfe der Dienststelle. Da zeugt die Aussage der UMG, dass Kolleg*innen bei Übergriffen keine „wesentlichen“ Verletzungen erlitten hätten, aus unserer Sicht von einem Mangel an Respekt und Mitgefühl den Betroffenen gegenüber.